

DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

70/2002

Kiel, 4. Juni 2002

Flüchtlingsbeauftragter fordert von der Innenministerkonferenz: „Keine Abschiebungen in den Kosovo und nach Afghanistan“

Kiel (SHL) – Am morgigen Mittwoch, 5. Juni 2002, kommen in Bremerhaven die Innenminister des Bundes und der Länder zur Innenministerkonferenz zusammen. Der Beauftragte für Flüchtlings-, Asyl- und Zuwanderungsfragen des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Helmut Frenz, wendet sich mit folgenden Forderungen an die Innenminister und -senatoren:

„Ich fordere die Teilnehmer der Innenministerkonferenz auf, den zeitlich befristeten generellen Abschiebeschutz für Minderheitsangehörige aus dem Kosovo (Sinti, Roma, Aschkali) für zunächst ein weiteres Jahr zu verlängern.“

Die Bedrohungssituation dieser Personengruppen im Kosovo besteht laut Einschätzung der UN-Mission im Kosovo (UNMIK) weiterhin unvermindert fort. Selbiges wird auch vom UNHCR und von der OSZE uneingeschränkt bestätigt. Eine nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation für diese Menschen- gruppe der Minderheiten ist nicht erkennbar. Frenz betont besonders, dass es sich bei diesen angeführten Personen um die Schwächsten der Schwachen im Kosovo handelt.

"Ich hoffe, dass der Innenminister des Landes Schleswig-Holstein sich in diesem Sinne auf der am 5.Juni beginnenden Innenministerkonferenz in Bremerhaven einsetzen wird."

Im Hinblick auf die immer noch menschlich katastrophale Lebenssituation und Sicherheit in Afghanistan darf kein verstärkter Druck zur schnellen Rückkehr auf die in Deutschland lebenden Flüchtlinge aus Afghanistan ausgeübt werden. Die Aufnahmekapazität von rückkehrenden Flüchtlingen ist laut UNHCR ohne-

hin mehr als erschöpft. Fehler der Vergangenheit müssen unbedingt vermieden werden. Rückführungsmaßnahmen nach Kosovo und Afghanistan sollen nur in enger Abstimmung mit den vor Ort zuständigen Behörden und Institutionen vorgenommen werden.

"Menschlich zumutbare Lösungen müssen unbedingt Vorrang erhalten vor innenpolitischem Rigorismus," betont der Flüchtlingsbeauftragte.

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel, Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@landtag.ltsh.de
Internet: www.sh-landtag.de – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter www.parlanet.de/pressticker